

Slowenien

Sabine Willenberg

Kurz vor den diesjährigen Europawahlen jährte sich am 1. Mai 2014 der EU-Beitritt Sloweniens zum zehnten Mal. Die Dekadenbilanz des kleinen postjugoslawischen Landes fällt allerdings wenig positiv aus. Seit Jahren steckt der einstige EU-Musterknabe in der Krise – mit Wirkung auch auf sein Verhältnis zu Europa: Die Krise – kommuniziert wahlweise als Superkrise, Megakrise, Dauerkrise oder schlicht als Chaos – wurde zum alles dominierenden Thema.¹ Zwar blieb die Zustimmung zur Europäischen Union in Slowenien gemeinhin groß, gegenüber dem internen Desaster aber rückt Europa immer mehr in den Hintergrund. Unter diesen Vorzeichen gerieten auch die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, den dritten an denen Slowenien teilnahm, zum Innenpolitikum.

Frustration – Korruption – Fragmentierung: Slowenien steht erneut vor Neuwahlen

Wer die Stimmungsbilder in Slowenien liest, stößt vor allem auf allgemeine Frustration über die Entwicklung, die das einstige Musterland genommen hat. Kein Wunder: Innerhalb von sechs Jahren wechselte die Regierung dreimal, zweimal in vorgezogenen Neuwahlen. Angesichts der fragmentierten Parteienlandschaft waren die Mehrparteienkoalitionen schwach und der Herausforderung, belastbare Kompromisse und Allianzen zu schmieden, um den wirtschaftlichen Verfall nachhaltig aufzuhalten, kaum gewachsen.² Der Verlust des Vertrauens in die politische Elite, gegen deren teilweise korrupten Machenschaften sich zusehends der öffentliche Protest erhob, tat über die Jahre hinweg sein Übriges, um die Stimmung zu verschlechtern.³

Eine dauerhaftere Stabilisierung scheint kaum in Sicht; im Gegenteil gesellte sich zur Wirtschafts- und Finanzkrise (erneut) eine handfeste Regierungskrise: Nach nur dreizehnmönatiger Amtszeit nahm die Regierung unter Ministerpräsidentin Alenka Bratusek am 5. Mai 2014 ihren Hut. Grund für den überraschenden Rücktritt der ersten Frau an Sloweniens Regierungsspitze sind interne Querelen in ihrer Partei „Positives Slowenien“. Noch im Jahr zuvor hatte der populäre Parteigründer und Hauptstadtbürgermeister Zoran Jankovic die bis dahin kaum bekannte Bratusek an die Partei- und damit Regierungsspitze gehievt. Denn er selbst erwies sich aufgrund der gegen ihn vorgebrachten Korruptionsvorwürfe für das Amt des Premierministers als nicht tragfähig. Auf einem kurzfristig anberaumten Parteitag brachte er sie im wiederaufgenommenen Kampf um den Vorsitz dennoch zu Fall – für Bratusek Vertrauensentzug genug, das Regierungsamt zur Disposition zu stellen.⁴

1 Vgl. Dietmar Dirmoser: Vorwahlreportage zu den EP-Wahlen: Slowenien. Die Krise überschattet alles, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://www.fes.de>.

2 Vgl. ebd.

3 Vgl. Sabine Willenberg: Slowenien, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels: Jahrbuch der Europäischen Integration 2013, Baden-Baden, S. 453-456.

4 Vgl. auch Regierung in Ljubljana vor dem Aus, in: Deutsche Welle, 26.04.2014.

Slowenien steht damit erneut vor vorgezogenen Parlamentswahlen – avisiert für den 13. Juli 2014.⁵ Das noch junge, erst 2011 gegründete „Positive Slowenien“ zieht in den Wahlkampf als gesplante Partei; wie stark ihre beiden Teilparteien sein werden, lässt sich noch schwer abschätzen. Während Jankovic noch mit der Diskreditierung durch die anhaltenden Korruptionsvorwürfe kämpfen dürfte, könnte der bürgerlich-liberale Flügel um Bratusek durchaus erfolgreich sein: In- und Ausland bedauern den Sturz der 44-Jährigen, die sich trotz aller anfänglichen Skepsis gegen sie zur geachteten Ausnahmepolitikerin mauserte. Die dramatische Schieflage des staatlichen Bankensektors konnte sie nicht vollends beheben; auch fehlen noch Reformen im Rentensystem und dem Arbeitsmarkt. Klar fokussiert darauf, Slowenien auf Sanierungskurs zu bringen, gelang es ihr mit einem strikten Spar- und Reformprogramm, Privatisierungen und eigenen Finanzspritzen in die maroden Banken aber immerhin, Gelder aus dem Eurorettungsschirm ablehnen und die damit verbundenen strengen Auflagen aus Brüssel vermeiden zu können.⁶ Nicht zuletzt erreichte sie so, dass Slowenien bei der EU wieder ein gewisses Vertrauen genießen konnte – ein Verdienst der zuvor von vielen Seiten unterschätzten Newcomerin, den In- wie Ausland zu würdigen wussten.⁷

Angesichts der parteiinternen Zerwürfnisse ihres größten Konkurrenten sieht die konservative Slowenische Demokratische Partei (SDS) erneut ihre Stunde gekommen. Gleichwohl steht abzuwarten, wie sie sich personell positionieren kann: Frontmann Janez Jansa, dessen Regierungskoalition Anfang 2013 an seinen Verstrickungen in korrupte Klientelnetzwerke zerbrach, musste am 20. Juni 2014 eine zweijährige Haftstrafe antreten. Ein Jahr zuvor war er wegen Bestechung im Zusammenhang mit einem Rüstungsgeschäft verurteilt worden. Angeblich stimmte Jansa 2006 beim Erwerb von 135 Patria-Fahrzeugen, dem bis dahin größten Rüstungsdeal Sloweniens im Umfang von 278 Millionen Euro, einer Provisionszahlung zugunsten seiner SDS zu. Ob er aus der Haft heraus ein Amt als Premierminister antreten könnte, gilt noch nicht als sicher.⁸

Dennoch scheint damit wieder alles beim Alten: Die von Korruptionsskandalen gebeutelten Hauptfiguren, Janez Jansa auf der Rechten und Zoran Jankovic auf der Linken, dominieren weiterhin die politische Bühne und ihre Parteien. Letztere stützen in Ermangelung echter personeller Alternativen deren Macht – und blockieren damit die eigene Weiterentwicklung. Die mittlerweile typische Verflechtung von Politik und Wirtschaft, die die Bankenkrise mit bedingte, hat damit beste Bedingungen, sich weiter zu verfestigen.⁹

Europawahlen im Schatten der Krise

Angesichts dessen verwundert es kaum, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament eher im Schatten verliefen und Europathemen ins Hintertreffen gerieten. Mit nur knapp 21 Prozent lag die Wahlbeteiligung erschreckend niedrig – weit abgeschlagen hinter dem EU-Durchschnitt von 43 Prozent. Gegenüber den Wahlen von 2004 und 2009, zu denen

5 Vgl. Predsednik Pahor odprl pot juljskim volitvam, in: Delo, 15.05.2014.

6 Vgl. Kein Rettungspaket für Slowenien, in: Deutsche Welle, 12.12.2013.

7 Vgl. Adelheid Wölfl: Aus für slowenische Regierung. Rückkehr der alten Geister, in: derStandard, 5.5.2014.

8 Vgl. Slowenischer Ex-Premier Jansa in Haft, in: Deutsche Welle, 20.06.2014 und: Former Slovenian PM sentenced to jail, in: Euractiv.com, 29.04.2014.

9 Vgl. Adelheid Wölfl: Aus für slowenische Regierung. Rückkehr der alten Geister, in: derStandard, 5.5.2014. Vgl. auch das Meinungsbild in Slowenien: Jansa in Jankovic nista oviri za sodelovanje z njunima strankama, in: Delo, 21.06.2014.

schon nur 28% der Wahlberechtigten gingen, war die Beteiligung damit nochmals gesunken.¹⁰ Den Parteieliten diente die Wahl vielmehr als ein Stimmungs- und Stärketest für alte und neue Partei(flügel).¹¹

Demnach dominieren rechte und konservative Parteien. Wie schon 2009 allen voran Jansas SDS: Sie gewann knapp 25 Prozent der Stimmen und stellt damit drei Abgeordnete. NSi und SLS (Neues Slowenien und Slowenische Volkspartei) – ebenfalls dem rechten Spektrum zuzurechnen – gewann 16,6 Prozent. Insgesamt fünf der acht slowenischen Parlamentarier werden demnach der EVP-Fraktion angehören. Acht Prozent erzielte die Pensionistenpartei DeSUS, die damit einen Abgeordneten in die ALDE-Fraktion entsenden kann. Dagegen ist die Linke abgeschlagen: Ebenfalls nur ein Mandat konnten die Sozialdemokraten (SD) für die S&D erreichen. Die Konsequenz für das schlechte Abschneiden zog der Parteivorsitzende Igor Luksic, der selbst als Spitzenkandidat angetreten war, noch am Wahlabend und trat zurück. Noch schlechter schnitt die gesplante Ex-Regierungspartei Positives Slowenien ab, auf deren Wahlliste pikanterweise noch Repräsentanten beider Flügel koexistierten, da die Frist für Änderungen der Wahlvorschläge schon vor dem Zerwürfnis abgelaufen war:¹² Mit nur 6,6 Prozent verfehlte sie gänzlich ein Mandat im EU-Parlament. Auch ihr erfolgversprechender Überraschungskandidat, der ehemalige Rektor der Universität Ljubljana und überzeugte Linke, Joze Mencinger, ging damit leer aus. Überraschungssieger im linken Lager wurde hingegen die neue Liste „Ich glaube“, die mit 10,5 Prozent einen Abgeordneten in die Fraktion der Grünen/EFA entsenden kann.¹³ Bei der Neuformierung des linken Lagers könnte diese ähnlich wie die gerade geschaffene Liste von Miro Cerar und die neue Partei von Ex-Premier Alenka Bratusek durchaus eine Rolle spielen.¹⁴

Europawahlen im Zeichen der Vergangenheit

Neben den internen parteipolitischen Konstellationen und Befindlichkeiten zeichnete die slowenischen Europawahlen eine ideologiegeladene Rhetorik aus, die nicht zuletzt durch den gewählten Wahltermin befeuert wurde: Der 25. Mai war in jugoslawischer Zeit der „Tag der Jugend“. Mit Staffelläufen, an denen Hunderttausende Jugendliche teilnahmen, Massentänzen und Chören, die „Tito ist unsere Sonne“ skandierten, wurde der Staatspräsident Josip Tito Broz geehrt und der spezifisch jugoslawisch-kommunistische Personenkult um ihn gepflegt. In den Ex-Teilrepubliken Jugoslawiens wird der 25. Mai bis heute gefeiert. In Slowenien, ausgerechnet dem Land, das sich vor 23 Jahren als erstes vom gemeinsamen jugoslawischen Staat lossagte, hat der Tag nach wie vor besonders Konjunktur und zeigt immer wieder aufs Neue, wie divers doch die slowenischen Positionen zu ihrer Vergangenheit noch sind.¹⁵ Entsprechend war der Wahlkampf um dieses historische Datum prädestiniert, um auf beiden Seiten des politischen Spektrums Gefühle hochkommen und grundsätz-

10 Vgl. Slovenia Sees Record Low EU Election Turnout, in: *SlovenianTimes*, 26.05.2014.

11 Vgl. Volitve v Evropski parlament: preskusih za nove stranke, in: *Delo*, 14.04.2014.

12 Vgl. Dirmoser: Vorwahlreportage, a.a.O.

13 Vgl. auch Europäisches Parlament: Ergebnisse der Europawahl. Slowenien, <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-si-2014.html>.

14 Vgl. Bratusek Party Holds Maiden Congress, in: *SlovenianTimes*, 31.05.2014 und Adelheid Wölfl: Politiker-Rücktritte in Slowenien, in: *derStandard*, 26.05.2014 und Po Alenki Bratusek stranko ustanavlja tudi Miro Cerar, in: *Delo*, 02.06.2014.

15 Vgl. Adelheid Wölfl: EU-Wahl im Zeichen von Titos Geburtstag, in: *derStandard*, 18.04.2014.

liche Systemkritik laut werden zu lassen. Die Linke nutzte ihn für antikapitalistischen Jargon, in dem auch „die Diktatur der Eurozone“ kritisiert wurde; die Banken im Herzen der EU würden demnach nur mittels fiskalem Druck auf die Peripherie geschützt, ermöglicht durch das latente Demokratiedefizit der EU, dem es mit linken Mehrheiten entgegen zu wirken gelte. Die Rechte erinnert an diesem Tag gern an die Diktatur unter Tito – mit entsprechendem Seitenhieb auf die mangelnde Vergangenheitsaufarbeitung und den fehlenden tiefgreifenden Elitenwechsel der Konkurrenten im linken Lager. Eben die unaufgearbeitete Vergangenheit sei nach dem Dafürhalten der konservativen SDS unter Janez Jansa nämlich der Ursprung allen Übels, in dem Slowenien heute stecke.¹⁶

Insofern dürfte es kaum ein Zufall gewesen sein, dass die SDS sich in diesem Jahr bemühte, ein Referendum, in dem über die vollständige Öffnung der Archive mit den Geheimdienstunterlagen aus der Zeit Jugoslawiens entschieden werden sollte, just an diesem Tag, dem Tag der Europawahl, abzuhalten. Neben aller Symbolik sprach dafür aber auch die pragmatische Überlegung, mit der Kombination nicht nur Kosten zu sparen, sondern auch eine höhere Wahlbeteiligung zu sichern. Die ist ausschlaggebend für den Erfolg des Referendums, denn gemäß einer Verfassungsänderung von 2012 müssen an einem Referendum, soll es zu Gesetzesänderungen führen, mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen. Mit mehr als 46.000 Wählerunterschriften hatte die SDS das Referendum beantragt und focht vor dem Verfassungsgericht den ursprünglichen Termin, den 4. Mai, an. Zwar ordnete das Gericht an, ein anderes Datum festzulegen. Mit dem Argument, das Referendum würde am Tag der Europawahl untergehen, entschied das Parlament zur Enttäuschung der SDS allerdings für den 8. Juni 2014. Wie von der SDS befürchtet reichte es zu diesem Termin nicht zum Erfolg des Volksentscheids: Mit 11,7 Prozent Beteiligung verfehlte es das geforderte Quorum. Die von der Mitte-Links-Regierung verabschiedete Gesetzesnovelle, die die SDS zu Fall bringen wollte, bleibt damit in Kraft. In der Argumentation der SDS schränke sie den Zugang zu den Archiven aus der jugoslawischen Zeit, insbesondere zu jenen der Geheimpolizei UDBA, derart ein, dass das frühere kommunistische Regime unzulässig geschützt werde. Dagegen steht die Position der Regierung, die konstatiert, dass es mit der Gesetzesnovelle nun erstmals keine unzugänglichen Archive mehr gebe.¹⁷ Slowenien hängt damit nicht nur scheinbar unwiderruflich in der Wirtschafts- und Regierungskrise fest, sondern auch in der Vergangenheit, die die Fronten zwischen den traditionell scharf voneinander abgegrenzten Lagern weiter verhärtet und dringend notwendige, langfristige Kompromisslösungen auf Zeit unwahrscheinlich werden lässt.

Weiterführende Literatur

Dietmar Dirmoser: Vorwahlreportage zu den EP-Wahlen: Slowenien. Die Krise überschattet alles.

Friedrich-Ebert-Stiftung, 2014, <http://www.fes.de>.

Michael A. Lange: Slowenien vor der Europawahl. Länderanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung,

2014, <http://www.kas.de/kroatien/de/publications/37748/>.

European Parliament: Slovenia, <http://www.elections2014.eu/en/in-the-member-states/Slovenia>.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Vgl. Referendum über Zugang zu Archiven in Slowenien gescheitert, in: *derStandard*, 08.06.2014 und Adelheid Wölfl: Referendum über Archive bewegt Slowenien, in: *derStandard*, 05.06.2014.